

Die Bundesbank hat still und leise 338 Mrd. Euro an andere Notenbanken verliehen ...

Lieber Herr Zwönitzer,
während ständig in allen Medien die Fanfaren das Ende der Finanzkrise herumtrompeten und das deutsche „Wirtschaftswunder“ beschworen wird, sieht es hinter den bunten, aufpolierten Kulissen ganz anders aus.

Heimliche Milliardensummen aus Deutschland dämmen die Krise ein

Der Chef der Ifo, Hans-Werner Sinn machte in dieser Woche eine Aussage, die eigentlich auf allen Titelseiten stehen müsste, aber nur versteckt in Fachzeitingen zu finden ist:

Die Deutsche Bundesbank finanziert seit Jahren den Rest der Euro-Zone heimlich, still und leise mit insgesamt 338 Milliarden Euro. Das übersteigt den gesamten, gemeinsamen europäischen Rettungsfonds von 250 Milliarden Euro bei weitem.

Fachleute seien fassungslos, sagt Sinn. Während also der deutsche Steuer zahlende Michel immer noch glaubt, wir hätten ja nur Garantien für den absoluten Notfall gegeben, tatsächlich aber noch keinen Euro bezahlen müssen, blutet Deutschland schon seit Jahren in ungekannten Ausmaß aus:

Wirtschaftswoche

<http://www.wiwo.de/finanzen/kritik-an-krisenhilfe-der-deutschen-bundesbank-457649/>

ifo-Chef Sinn

Kritik an Krisenhilfe der Deutschen Bundesbank

18.02.2011

Die Bundesbank finanziert den Rest der Euro-Zone stillschweigend mit einer dreistelligen Milliardensumme - und täglich wird es mehr Geld.

Maximal 250 Milliarden Euro kann der Euro-Rettungsfonds an Staaten in der Euro-Zone verteilen, um ihnen bei ausufernden Staatsschulden zu helfen. So schrieben es die EU-Mitglieder am 9. Mai 2010 fest. Bewilligt wurden davon bisher nur 17,5 Milliarden Euro für Irland. Doch wie sich jetzt herausstellt, hat die Deutsche Bundesbank zuletzt stillschweigend in einem Volumen Finanzhilfen gewährt, die alle europäischen Rettungsmaßnahmen in den Schatten stellen.

Die brisante Zahl versteckt sich unter dem Posten „Forderungen innerhalb des Euro-Systems (netto)“ in den Monatsberichten der Bundesbank.

Danach sind die Schulden, welche die Europäische Zentralbank (EZB) und nationale Notenbanken im Euro-Raum gegenüber der Bundesbank angehäuft haben, bis Ende 2010 auf 338 Milliarden Euro gestiegen. Allein die Forderungen an nationale Notenbanken in Euro-Ländern belaufen sich auf 326 Milliarden Euro. 2006, also vor Ausbruch der Finanz- und folgender Euro-Schuldenkrise, lagen die Forderungen insgesamt bei nur 18 Milliarden Euro.

Dieser ungebremste Anstieg der Schulden des Euro-Raums gegenüber der Bundesbank „macht Fachleute fassungslos“, sagt ifo-Präsident Hans-Werner Sinn. „Wenn Länder, deren Banken die Kredite gegeben wurden, zahlungsunfähig werden, haftet Deutschland.“ Diese Haftung wurde aber weder demokratisch legitimiert – etwa durch den Bundestag – noch von der Bundesregierung beschlossen.

Die Bundesbank teilt dazu auf Anfrage mit: **„Die Auslandsforderungen der Bundesbank sind in der Finanzkrise stark gestiegen. Eine wesentliche Rolle spielten zunehmende Forderungen innerhalb des Euro-Systems im Zusammenhang mit dem Individualzahlungsverkehrssystem Target 2.“**

Target 2 steht für ein 2007 gestartetes System, das der Verrechnung von Zahlungsströmen zwischen den Euro-Zentralbanken dient. Heute ist es aber zur dauerhaften Finanzierungsquelle anderer Euro-Notenbanken geworden. Darunter sind auch solche **Länder, die fast nicht mehr zahlungsfähig sind oder deren Banken sich ohne billiges Zentralbankgeld nicht mehr ausreichend finanzieren können.** „Ausschlaggebend für diesen Anstieg war eine krisenbedingte Verschiebung in den Zahlungsströmen und im Refinanzierungsverhalten der Banken im Euro-Raum“, erklärt die Bundesbank.

Der noch bis 30. April amtierende Bundesbank-Präsident Axel Weber hatte indes keine Chance, die Schuldenlawine zu stoppen. Da Target 2 bei der Gründung nicht als Finanzierungsinstrument gedacht war, fehlt nun jede Begrenzung.

16 Milliarden Euro in einer Nacht- und Nebel Aktion

Nicht nur das: Die nächste Krise scheint unmittelbar bevorzustehen.

Erste Vorbeben künden das an:

In der Nacht auf Freitag, den 18. Februar herrschte Hektik in der Europäischen Zentralbank in Frankfurt:

Verschiedene Europäische Banken borgten sich noch in der Nacht 16 Milliarden Euro, obwohl schon während der Geschäftszeit am Donnerstag eine Rekordsumme von 15,8 Milliarden Euro verliehen werden musste.

Am Mittwoch waren es noch im üblichen Rahmen 1,2 Milliarden gewesen. Insider vermuten, dass es Großbanken der so genannten PIIGS-Staaten waren.

Hier braut sich offenbar wieder größeres Unheil zusammen, und man möchte die Menschen in Sicherheit wiegen und alles vertuschen.

Natürlich möchte keiner unserer Machthaber einen Flächenbrand in Europa auslösen, wie er zurzeit in den arabischen Ländern wütet.

Dabei gibt es schon eindeutige Warnzeichen:

http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/635231/Raetselraten-um-Geldbedarf-europaeischer-Banken-?_vl_backlink=/home/wirtschaft/index.do

Rätselraten um hohen Geldbedarf europäischer Banken

18.02.2011 (DiePresse.com)

Die Banken der Euro-Zone haben sich auch in der Nacht zu Freitag überdurchschnittlich viel Geld bei der EZB geliehen. Die Ursachen sind unklar.

Die Banken der Euro-Zone haben sich in der Nacht zu Freitag erneut überdurchschnittlich viel Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB) geliehen. Aus der sogenannten Spitzenrefinanzierungsfazilität borgten sich die Banken 16 Milliarden Euro nach rund 15,8 Milliarden Euro am Vortag. "Es ist ungewöhnlich, dass sich die Banken über Nacht 16 Milliarden Euro in Frankfurt bei der EZB borgen müssen", sagte ein Geldmarkthändler.

Die Ausleihungen der Geschäftsbanken des Euroraums bei der EZB waren erst am Donnerstag auf den höchsten Stand seit Ende Juni 2009 gestiegen. Die Ausleihungen der Banken über die Spitzenrefinanzierung erhöhten sich sprunghaft von rund 1,2 Milliarden Euro am Mittwoch auf 15,8 Milliarden Euro am Donnerstag. Zu Wochenbeginn betrug die Nachfrage nur rund 600 Millionen Euro. Die österreichische Nationalbank OeNB wollte auf "DiePresse.com"-Anfrage dazu keinen Kommentar abgeben und verweist auf die EZB.

"Keine Anspannung, ausreichende Liquidität"

Damit setzt sich das Rätselraten um den plötzlichen Geldbedarf der Banken fort. Geldmarkthändler führten die ungewöhnlich starke Nachfrage auf Probleme beim Hauptfinanzierungsgeschäft der EZB von Dienstag zurück. Entweder sei einer Bank oder mehreren Banken ein technischer Fehler unterlaufen, oder sie haben den Tender verpasst, hieß es.

Von Problemen am Interbankenmarkt wollten die Geldmarkthändler nicht sprechen. "Wir sehen keine Anspannung, es gibt ausreichend Liquidität. Das zeigt sich daran, dass die Geldmarktsätze weiter fallen", sagte ein Händler.

Nachfrage aus Peripherie der Euro-Zone?

Händler mutmaßten, die starke Nachfrage nach EZB-Geld komme aus den **Peripherie-Staaten der Euro-Zone**. Möglicherweise habe die betreffende Bank ein Arrangement mit der EZB getroffen, um nicht aggressiv am Markt auftreten zu müssen. **Diese Anonymität hat allerdings einen hohen Preis**. Die Spitzenrefinanzierungsfazilität ist für Banken eine teure Angelegenheit. Sie müssen für diese Form der Liquidität Zinsen von 1,75 Prozent zahlen, weit mehr als am Markt.

(Ag.)

Geldmarkt: Banken holen sich massiv Geld bei EZB

EZB: Banken leihen soviel Geld wie zuletzt im Juni 2009

Aus dem Archiv: Banken leihen und bunkern massiv Geld bei EZB

(21.02.2011)

Keine Entwarnung: EZB pumpt 111 Mrd. Euro in Markt (01.07.2010)

EZB-Zahltag: Geldnot europäischer Banken nicht so groß (30.06.2010)

Am 1. Juli werden 442 EZB-Milliarden fällig (25.06.2010)

„Keine Vorstellung vom Ausmaß des möglichen Zusammenruches“

Der ehemalige Britische Premierminister Gordon Brown lebt im gutbezahlten, finanziell gesicherten Ruhewohlstand. Das ist ein Lebensabschnitt, in dem viele Politiker plötzlich den Mut finden, ein paar wahre Worte zu sagen. Das kennen wir beispielsweise auch von Altkanzler Helmut Schmidt.

Herr Brown gab dieser Tage, – ähnlich wie Herr Steinbrück letztes Jahr - zu, er habe 2008 ein „Vabanquespiel“ (bezeichnet allgemein ein riskantes Unterfangen) inszeniert, als er die im Zusammenbruch befindlichen Großbanken mit Staatsgeldern rettete. Er habe keine Ahnung gehabt, ob das überhaupt funktionieren würde.

Und abschließend sagte er, die Welt stehe vor einem historischen Einschnitt.

Die meisten Menschen machten sich noch immer keine Vorstellung vom Ausmaß des möglichen Zusammenbruches:

<http://www.mmnews.de/index.php/wirtschaft/7327-brown-geldsystem-vor-qkaum-vorstellbarer-katastropheq>

Brown: Geldsystem vor "kaum vorstellbarer Katastrophe"

20.02.2011

Britischer Ex-Premier fordert weltweite Bankenabgabe und Finanzaufsicht. „Wir können nicht fortfahren wie bisher“. - „Die meisten Menschen machen sich immer noch keine Vorstellung vom Ausmaß des möglichen Zusammenbruchs.“

Der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown fordert von seinen früheren Amtskollegen mehr Anstrengungen für eine weltweite Bankenabgabe und eine international tätige Aufsichtsbehörde für globale Finanzinstitutionen. „Wir können nicht fortfahren wie bisher“, sagte Brown, 60, in einem Gespräch mit dem Hamburger Nachrichten- Magazin DER SPIEGEL.

Die Welt stehe an einer historischen Zäsur. Weil die Risiken, die von der Finanzbranche für die Weltwirtschaft ausgingen, auch in Zukunft gravierend blieben, müssten Staaten wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA vorangehen und einheitliche Regeln für das Bankenwesen festlegen. Doch im Augenblick lahmte das Engagement dieser Länder: „Aktuell besteht die größte Gefahr“, so der Ex-Premier, „dass wir wieder in den alten Trott verfallen“.

Wie Brown weiter sagte, habe er auf dem Höhepunkt der Finanzkrise am 8. Oktober 2008 ein „Vabanquespiel“ betrieben. Damals kündigte er im Alleingang die umgehende Rekapitalisierung taumelnder Großbanken aus öffentlichen Mitteln an – ohne sicher zu sein, ob diese Maßnahme Erfolg haben könnte. „Wir wussten nicht, wie die Märkte und die anderen Regierungen reagieren würden.“

Schlimmstenfalls wäre er an jenem Tag zurückgetreten; seine Frau Sarah habe er bereits früh morgens instruiert, sich bereit zu machen für einen plötzlichen Auszug aus der Downing Street am Nachmittag. Sehr rasch seien dann aber die Regierungen vieler großer Staaten seinem Beispiel gefolgt.

„Die meisten Menschen machen sich immer noch keine Vorstellung vom Ausmaß des möglichen Zusammenbruchs“, erzählte Brown dem Magazin.

„Es wäre eine kaum vorstellbare Katastrophe geworden.“ **Was ihn selbst damals am meisten gesorgt habe, sei der „komplette Mangel an Führung“ gewesen, „sowohl bei den Banken als auch den Regierungen“.**

Bundesbank Gefahr für den Euro: Webers unheimlicher Abgang

Pickartz, Elke; Fischer, Malte; Krumrey, Henning; Tichy, Roland
15.02.2011 Wirtschaftswoche

Das Aus kam überraschend. Bundesbank-Präsident Axel Weber hat den Kampf um den Chefsessel der Europäischen Zentralbank aufgegeben - mit schlimmen Folgen: Er stürzt die Stabilitätspolitik für den Euro in eine schwere Krise.

Wie ist das eigentlich, wenn der Lotse von Bord geht – oder gegangen wird? **Nach Bundespräsident Horst Köhler und Hessens Ministerpräsident Roland Koch hat mit Axel Webers Nicht-mehr-Kandidatur für Deutsche Bundesbank und Europäischer Zentralbank innerhalb von nur sieben Monaten ein weiteres Alphanier den Kampf um die Vorherrschaft im Rudel der deutschen Politik-Elite einseitig und vorzeitig für beendet erklärt.** Doch während der Bundespräsident eher eine Art freundlichen Frühstücksdirektor abgibt und der hessische Ministerpräsident nur Relevanz im Radius eines größeren Kirchturms abstrahlt, sind Zeitpunkt und Hintergrund der Demission des Bundesbank-Präsidenten weitaus folgenschwerer:

Ohne Weber fehlt den geldpolitischen Falken im Präsidium der Europäischen Zentralbank (EZB) die Führung; der Deutsche galt als Garant dafür, dass die EZB in Tradition und Erbfolge der Deutschen Bundesbank die Geldwertstabilität aufs Äußerste verteidigt, die Notenbank von Einflüssen der Politik freihält und dafür sorgt, dass die Währungsunion nicht vollkommen zu einer gesamteuropäischen Transferunion degeneriert.

Wenn Weber nicht mag, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel keinen Kandidaten für die EZB-Spitze. Damit verliert ihre Politik für die gemeinsame europäische Währung innenpolitisch an Glaubwürdigkeit – die mühsam niedergehaltenen Kritiker, die Inflation und Umverteilung zu-lasten des deutschen Steuerzahlers befürchten, erhalten Oberwasser.

Wertverlust der EZB und Bundesbank

Zwar wird in Berlin von den eilfertigen Spin-Doktoren der Regierungspolitik so getan, als sei Webers Abgang auf eine Art

persönlichen Defekt des bis dato so geschätzten Präsidenten zurückzuführen. Tatsächlich ist es aber ein Signal, dass sich die europäische Währungspolitik neu ausrichten wird – hin zu einer Schwächung des Geldwertes und für mehr Inflation.

Schon auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos hatte sich Weber im vertrauten Kreis emotionsgeladen und tief enttäuscht präsentiert. Das strikte Regelwerk der EZB sei aufgegeben worden, die Gefahr einer Inflation damit näher denn je, die deutsche Stabilitätskultur europaweit nicht mehr zu vermitteln und der Rückhalt dafür auch bei deutschen Politikern und Medien gering. Aus der einst stolzen Bundesbank und der nach ihrem Muster geformten EZB drohe unter dem Druck der Euro-Schuldenkrise das Sekretariat einer kontinentalen Umverteilungsmaschinerie zu werden. Weber betonte seine Unabhängigkeit – materiell als Universitätsprofessor und geistig als Wissenschaftler.

Eigenschaften, die im modernen Politik-Getriebe nur anecken. Webers Abgang erinnert an den Rückzug Karl Otto Pöhls 1991. Der frühere Bundesbank-Präsident räumte aus Verärgerung über Bundeskanzler Helmut Kohl über Nacht seinen Sessel, weil er das Umtauschverhältnis von eins zu eins der über seinen Kopf hinweg beschlossenen deutsch-deutschen Währungsunion nicht mittragen wollte – und konnte.

Die Kanzlerin ist gleich dreifach verärgert: über den Rückzug an sich, den Zeitpunkt und den Stil. Denn Weber plauderte erst im Kreise seiner Bundesbank-Kollegen, bevor er die Kanzlerin informierte. Und weil die kaum etwas so sehr verabscheut wie unangenehme Überraschungen und vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, hat Webers Volte sein Verhältnis zur Regierungschefin vereist.

Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble hatten Weber in persönlichen Gesprächen zugesichert, er werde der deutsche Kandidat für den EZB-Chefposten. Aus taktischen Gründen – um den Euro-Gipfel abzuwarten und den Aspiranten nicht zu früh ins Schaufenster zu stellen – kam man überein, die Bewerbung erst Ende März bekannt zu geben.

Weber als einziges Korrektiv

Doch der 53-Jährige hatte in den vergangenen Wochen mit steigender Sorge beobachtet, wie Politiker, Ökonomen und Zentralbanker an einer neuen Währungsunion zimmerten, die nicht mehr die seine war. Die Tradition der Bundesbank, die ihr Ziel der Preisstabilität konsequent verteidigte und dabei ihre Unabhängigkeit von aller Politik stets betont hatte, sah er vor allem durch den Kurs des EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet verraten.

Der 10. Mai 2010 war für Weber die Wende: An jenem Montag beschloss der EZB-Rat in einer Telefonkonferenz auf massives Drängen Trichets,

Staatsanleihen angeschlagener Euro-Staaten aufzukaufen. **Trichet wollte so die Märkte beruhigen und die Währungsunion vor dem Zusammenbruch retten.** Weber stimmte dagegen: Er sah damit das genaue Gegenteil erreicht und ging öffentlich auf Distanz. Dass Merkel und Trichet sich an diesem Maiwochenende so einig in der Krisenbekämpfung waren, muss ihn massiv beunruhigt haben. Hinzu kamen die ständigen Störfeuer aus Paris, um den Hardliner Weber in jedem Fall zu verhindern.

Vom Professor zum Zentralbanker

Axel Weber wurde 1957 im rheinland-pfälzischen Kusel geboren. Er studierte Volkswirtschaft in Konstanz. An der Universität Siegen promovierte und habilitierte er im selben Fach. 1994 erhielt er einen Ruf als Professor für Wirtschaftstheorie von der Universität Bonn. Es folgten Stationen an den Universitäten Frankfurt und Köln. 2002 wurde er in den Rat der Wirtschaftsweisen der Bundesregierung berufen. Im April 2004 wurde Weber auf Vorschlag von Bundesfinanzminister Hans Eichel zum Präsidenten der Bundesbank ernannt. Seine erste Amtszeit dort endet offiziell 2012, für eine zweite steht er nicht mehr zur Verfügung. Lange galt er als erfolgreichster Kandidat für das Amt des EZB-Präsidenten, nun gibt es Gerüchte über einen Wechsel zur Deutschen Bank.

Nicht um jeden Preis

Zuletzt, sagen Insider, sei die Reform der Währungsunion auf den Tausch „Posten gegen Geld“ zugelaufen: Deutschland stellt den EZB-Präsidenten und muss dafür die Tasche öffnen für die Transferunion. Diesem Kuhhandel, sagt ein Insider, habe Weber nicht zustimmen wollen. „Er hat Merkel immer gesagt, dass er den Job machen will, aber nicht um jeden Preis.“

Für die europäische Geldpolitik ist der Abgang Webers ein schlechtes Signal. „Es ist kein gutes Zeichen für den Euro-Raum, dass ein ausgewiesener Stabilitätspolitiker nun nicht mehr den EZB-Chef machen will“, sagte ein Zentralbankexperte. Die Mahnung: Weber denke, er könne das Ruder bei der EZB nicht mehr herumreißen.

„Weber hätte als EZB-Präsident wie kein Zweiter für Stabilität und Glaubwürdigkeit der Geldpolitik gestanden“, trauert der renommierte Wirtschaftsprofessor und Zentralbankexperte Markus Brunnermeier von der Princeton University. „Er hat eine klare Haltung. Jeder hätte gewusst, wo der Zug mit ihm langgeht, das hätte Sicherheit gebracht.“ Weber wäre der Garant für einen starken Euro gewesen. „Ihm hätte man zugetraut, dass er als EZB-Chef sehr unabhängig von der Politik agiert.“ Allerdings, so der Ökonom, gebe es auch andere Kandidaten mit Geradlinigkeit.

Noch gibt es Falken im EZB-Rat, die -einen strengen Stabilitätskurs vertreten; die Geldpolitik früher straffen und die -Zinsen schneller erhöhen wollen. Doch der niederländische Zentralbankchef Nout Wellink hört im Sommer auf. Der Deutsche Jürgen Stark, wenn er Chefvolkswirt bleibt, ist als Teil der EZB-Spitze an andere Loyalitäten gebunden. Luxemburgs Yves Mersch und sein finnischer Kollege Erkki Liikanen besitzen als Vertreter kleiner Länder nicht Webers Gewicht. Und: Der Bundesbank-Bulldozer war der Einzige, der seiner Überzeugung kräftig Ausdruck verlieh und keine Konflikte scheute.

Eigentlich sollte es keine große Rolle spielen, wer an der Spitze der EZB steht oder im Zentralbankrat über die Zinsen entscheidet. Denn für alle Euro-Hüter gilt: Sie sind gesetzlich verpflichtet, die Preise in der Euro-Zone stabil zu halten. Eine andere Aufgabe haben sie nicht. Mit diesem Auftrag steht die EZB in der Tradition der Deutschen Bundesbank. Dort hatte es auch immer wieder personelle Wechsel gegeben, die politisch motiviert waren. Doch der Korpsgeist in der Frankfurter Geldzentrale brachte alle Neuzugänge und Abweichler binnen kurzer Zeit stabilitätspolitisch auf Linie.

Inflation voraus

Bei der EZB ist das anders. Die Vertreter der nationalen Notenbanken sind geprägt durch die Stabilitätskultur ihrer Länder. Vor allem in Südeuropa hat die Wahrung stabiler Preise aber weniger Tradition als im ehemaligen D-Mark-Block. **Viele Regierungen im Süden der Euro-Zone sähen es daher gern, wenn die EZB ihren Stabilitätsauftrag nicht so genau nähme und eine lockerere Geldpolitik betriebe, die Konjunktur und Beschäftigung ankurbelt.** Vor allem herrscht im Direktorium die Meinung vor, dass Staatsanleihekäufe und Rettungsschirm für angeschlagene Euro-Staaten kein Sündenfall sind – sondern unausweichlich, um den Zusammenbruch der Währungsunion zu stoppen. „Ohne Weber fehlt im Rat ein starkes Korrektiv“, sagt ein Beobachter.

Für Deutschland hat dies handfeste Konsequenzen. Die Industrie läuft derzeit auf Hochtouren und arbeitet am Rande ihrer Kapazitätsgrenze. Das erhöht den Lohndruck und weckt Begehrlichkeiten der Gewerkschaften. Der jüngste Lohnabschluss bei Volkswagen zeigt, wohin die Reise geht: Arbeiter und Angestellte können sich über ein Plus von insgesamt 4,2 Prozent freuen. Steigen aber die Löhne kräftiger als die Produktivität, schnellen die Lohnstückkosten in die Höhe, und die Unternehmen müssen ihre Absatzpreise anheben, um die Gewinne stabil zu halten. Das jedoch schürt die Inflation. Um ihr vorzubeugen, müsste die EZB rechtzeitig die Zinsen erhöhen.

Doch Deutschlands Nachbarn wachsen kaum, sind stark verschuldet oder ächzen unter beidem. Euro-Süd-Länder wie

Griechenland oder Italien haben daher ein starkes Interesse, das Zinsniveau möglichst lange niedrig zu halten – um ihr schwaches Wachstum nicht noch weiter auszubremsen und die Zinslast für ihre Schulden nicht noch weiter zu erhöhen. Dass die EZB in diesem Umfeld die Zinsen erhöht und eine neue Eskalation der Euro-Schuldenkrise riskiert, ist so gut wie ausgeschlossen, sagen Ökonomen.

Derzeit sind die langfristigen Inflationserwartungen im Euro-Raum stabil und daher noch kein Handlungsdruck gegeben. Sollten aber die kommenden Lohnrunden in Deutschland dem Beispiel von Volkswagen folgen, droht hierzulande akute Inflationsgefahr.

Ohne Mahner wie Weber, fürchten manche Ökonomen, wird sich eine Zinsreaktion verzögern. „Die EZB macht immer weniger eine Politik für den Durchschnitt der Euro-Zone, stattdessen orientiert sie sich an den Bedürfnissen der Krisenländer“, kritisiert Commerzbank-Chefökonom Jörg Krämer. Das aber heißt: Die Zinsen bleiben für Deutschland in nächster Zeit wohl zu niedrig, was die Konjunktur weiter anheizt und den Lohndruck steigen lässt. **Die unangenehme Konsequenz: Deutschland könnte seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die es sich in den vergangenen Jahren mühsam erarbeitet hat, wieder verlieren – und damit die Basis für seinen Exporterfolg.** Krämer fürchtet, dass die Euro-Hüter ihr Versprechen nicht einlösen können, die Inflationsrate in den nächsten zehn Jahren unter zwei Prozent zu halten.

Die Geldpolitik könnte das Auseinanderdriften der Euro-Volkswirtschaften an die Grenzen ihrer Belastbarkeit treiben. In den ersten zehn Jahren der Währungsunion gab es auch schon große Unterschiede bei Wachstum, Wettbewerb und Schuldenstand. Doch sie konnten dank der guten Konjunktur, weltweit niedriger Zinsen und niedriger Zinsunterschiede im Euro-Raum **übertüncht** werden. Griechenland bekam fast zu den gleichen Preisen Kredite wie Deutschland – und nutzte das weidlich aus. **Nun, in der Krise, brechen die Unterschiede offen hervor.**

Die zweite große Gefahr für die EZB bleiben die Staatsanleihen: Gut 76 Milliarden Euro hat sie nun schon für Anleihen aus den Süd-Staaten ausgegeben, um deren Rendite an den Bondmärkten zu drosseln. Doch sollten Griechenland oder Portugal umschulden, müsste auch die EZB Milliardensummen in ihrer Bilanz abschreiben. **Was dabei noch schwerer wiegt: Einmal begonnen, kann sie nicht wieder aus dem Programm aussteigen, ohne größere Verwerfungen an den Märkten auszulösen.**

Suche nach Stabilitätssignal

Als EZB-Präsident hätte Weber diesen Kurs, hinter dem er erklärtermaßen nicht steht, verteidigen müssen – kaum vorstellbar. „Weber war im EZB-Rat zunehmend isoliert“, sagt Krämer. „Der Rat hat sich in der Finanzkrise

in eine andere Richtung entwickelt, die nicht mehr zu ihm und seinen Überzeugungen passt.“

In Berlin hat fieberhaft die Suche nach einem Nachfolger begonnen. „Man muss jetzt schnell zu einer Auflösung kommen“, sagt ein Vertrauter der Kanzlerin. Spätestens bis zu diesem Montag wollte Merkel sich darüber klar werden, wie sie die Personallücken an der Bundesbank-Spitze stopft. Denn neben Weber ist auch sein Stellvertreter Zeitler zu ersetzen. Als Top-Kandidaten für die Bundesbank-Spitze werden Jürgen Stark und Merkel-Berater Jens Weidmann genannt. Berlin möchte so den Märkten das Signal geben, dass es auch künftig kein Aufweichen deutscher Stabilitätspolitik geben werde.

Doch das wird schwer. Merkel fehlt nicht nur ein Kandidat für die EZB, sondern vor allem Verhandlungsmasse für den Poker mit den Partnern. Denn -Weber erst in letzter Minute aufzugeben hätte ihr zumindest die Chance geboten, von den Partnern andere Zugeständnisse einzufordern. Doch um zuletzt geopfert zu werden, wollte der Frankfurter Präsident nicht den Kopf hinhalten. Entsprechend groß ist die Enttäuschung in der Regierung: „Weber hat die gesamte deutsche Verhandlungsposition unterminiert.“

Kumpanei verhindert Wege aus der Krise

Vetternwirtschaft in all ihren Formen bremst die Wirtschaft im Euro-Raum aus. Einige Beispiele:

In **Griechenland** haben sich im Laufe der Zeit die sogenannten geschlossenen Berufe - rund 160 Tätigkeiten - den Politikern immer wieder neue Privilegien abgetrotzt. Weite Bereiche des Handels und der Dienstleistungen sind vom Wettbewerb abgeschottet. Ministerpräsident Giorgos Papandreou will das nun ändern.

Italien: Vor dem neuen Eilverfahren wegen Begünstigungen der Prostitution hat Ministerpräsident Silvio Berlusconi bisher 16 Strafverfahren heil überstanden: nur die Spitze einer Willkürherrschaft.

Spanien: Der Immobilienboom in Spanien wäre nicht möglich gewesen ohne das Netz korrupter Lokalpolitiker und gieriger Bauherren, vor allem an der Küste. Berühmt wurde beispielsweise das Schmiergeldsystem im exklusiven Badeort Marbella. Lokalpolitiker ließen sich die Baugenehmigungen teuer bezahlen, im Gegenzug durften die Bauunternehmen bauen, wo sie wollten.

Irland: Für 47 Milliarden Euro hat der irische Staat den Banken zumeist faule Immobilienkredite abgekauft - Politiker und Finanzmanager treffen sich regelmäßig beim Pferderennen.

Deutschland: Die Düsseldorfer WestLB hat toxische Aktiva von 85 Milliarden Euro ausgelagert - dem politischen Filz verdanken die Landesbanken die Möglichkeit, das Geld der Steuerzahler zu verspielen.